

Niederschrift

über die 17. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

am Donnerstag, dem **05.09.2013**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 16 vom 28.05.2013**
- 4. Erlass einer 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 164/2013**
- 5. Beteiligungsmodell EWE-Netz
Vorlage: 161/2013**
- 6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Jörg Beutz als Ausschussvorsitzender
Ratsfrau Christel Bohlen
Ratsfrau Isabel Bruns
Ratsherr Christian Fiedler
Ratsfrau Angela Hoffbauer

Vertreter/in

Ratsherr Reinhard Oncken Vertretung für Herrn Ratsherr Oliver Kohls
Beigeordneter Achim Rutz Vertretung für Herrn Ratsherr Stephan Eiklenborg

Verwaltung

Bürgermeister Josef Wesselmann
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Verwaltungsfachangestellte Regina We-
ger
Verwaltungsfachangestellte Denise Bor- als Schriftführerin
chers

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Beutz, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

- - -

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 16 vom 28.05.2013**

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Erlass einer 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013**
Vorlage: 164/2013

Die Verwaltung stellte den ersten Nachtragshaushalt 2013 vor. Im Ergebnishaushalt verändern sich die ordentlichen Erträge von 12.598.100 Euro auf 12.852.900 Euro. Die ordentlichen Aufwendungen werden sich von 12.402.600 Euro auf 12.668.100 Euro erhöhen.

Zudem erhöht sich der Ansatz der außerordentlichen Erträge von 26.000 Euro auf 66.700 Euro.

Im Finanzhaushalt werden Verringerungen bei den Auszahlungen für Investitionstätigkeit in Höhe von 1.658.700 Euro erwartet.

Dies resultiert daraus, dass die Baumaßnahmen im Bereich der Bahnüberführung Deichstraße nicht im Jahr 2013 durchgeführt werden. Hierdurch werden die Kreditaufnahmen in diesem Jahr um 1.658.700 Euro vermindert.

Diese Kreditaufnahmen werden im Jahr 2014 veranschlagt, da die Baumaßnahmen in das nächste Jahr verschoben werden.

Die Personalkosten erhöhen sich um 48.300 Euro. Insbesondere durch die Erweiterung des Kindergartens Cäciliengroden werden zusätzliche Erzieherinnen benötigt.

Außerdem hat sich die Kreisumlage erhöht um 197.100 Euro. Die Erträge aus der Gewerbesteuer sind dagegen niedriger anzusetzen.

Ein Ausschussmitglied merkte an, dass die Verschuldung in diesem Jahr zwar sinken wird. Allerdings würde die Verschuldung in den nächsten Jahren durch die Verschiebung des Beginns der Maßnahme Bahnüberführung ansteigen.

Die CDU-Fraktion stimmte dem 1. Nachtragshaushalt grundsätzlich zu. Allerdings sollte eine Senkung der Personalkosten und eine Minderungen der Aufwendungen für die freiwilligen Leistungen angestrebt werden.

Die SPD-Fraktion stimmte dem 1. Nachtragshaushalt zu.

Seitens der Gruppe Grüne/FDP wurde angemerkt, dass man sich bei der Abstimmung enthalten will.

Beschlussvorschlag:

Aufgrund der §§ 58 und 115 NKomVG beschließt der Rat die 1. Nachtragshaushaltssatzung sowie den 1. Nachtragshaushaltsplan 2013.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

5. Beteiligungsmodell EWE-Netz Vorlage: 161/2013

Die Verwaltung stellte die Sitzungsvorlage vor. Die EWE-Netz GmbH strebt eine engere Zusammenarbeit mit den niedersächsischen Kommunen an. Hierzu hat sie eine Tochtergesellschaft „Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG“ gegründet. An dieser Gesellschaft können sich Kommunen in einem Umfang von zunächst 4,9 % und ab 2018 dann bis maximal 25,1% beteiligen.

Laut dem Land Niedersachsen und der niedersächsischen Kommunalaufsicht sollen alle Kommunen die Möglichkeit haben, sich unabhängig von der Höhe der Verschuldung, an der Tochtergesellschaft zu beteiligen.

Für alle Kommunen zusammen sind bis zu drei Sitze im Aufsichtsrat vorgesehen.

Der Gemeinde Sande wurde ein Anteil von 358.364,16 Euro angeboten. Es ist auch eine Mindestbeteiligung in Höhe von 10.000 Euro möglich. Es besteht zudem die Möglichkeit sich erst im Jahr 2018 an der Gesellschaft zu beteiligen.

Das eingesetzte Kapital wird von der EWE-Netz GmbH angemessen verzinst.

Es besteht ein gewisses Risiko für den Gesamthaushalt, da die Verschuldung durch Investitionen in den nächsten Jahren steigen wird.

Eine Beteiligung wird daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht angestrebt. Beratungen über eine Beteiligung könnten 2018 noch einmal aufgenommen werden.

Die SPD-Fraktion stimmte der Verwaltung zu.

Ein Ausschussmitglied fragte, ob die Gemeinde sich zunächst mit der Mindestbeteiligung von 10.000 Euro beteiligen könnte. Ein anderes Ausschussmitglied riet davon ab, weil der Finanzhaushalt es nicht zulassen würde.

Die Gruppe Grüne/FDP stimmte dem Vorschlag zu, mit der Anmerkung, dass damit keine günstige Basis für die Gemeinde Sande entstehen würde. Aufgrund der geschlossenen langfristigen Konzessionsverträge könnte sich die Gemeinde dazu verpflichtet fühlen, als Teilnehmer der Tochtergesellschaft die Konzessionsverträge zu verlängern.

Beschlussvorschlag:

Der Rat lehnt eine Beteiligung an der Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Eine erneute Beratung soll frühestens zum Haushalt 2015 erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- - -

Nach kurzer Unterbrechung wurde in nicht öffentlicher Sitzung weiterberaten.

Schluss der Sitzung: 17:40 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin